

die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Berlin, 23. Okt. Hinsichtlich der von einem hiesigen gebrachten Nachricht, daß der Rücktransport der Kriegsgefangenen aus Frankreich bis zur russisch-polnischen Grenze ausgelegt würde, sei bei amtlicher Stelle nichts bekannt.

Neuregelung des Unterrichts.

Berlin, 22. Okt. In einer Sitzung der Reichs-
räthe wurden die Verfassungsbestimmungen über
Religionsunterricht und Staatsbürgerkunde besprochen.
Die Räte sollen verpflichtet sein, diese Fächer in den
Schulen einzuführen. Die Regelung des Religionsunter-
richts in den Ländern überlassen werden.

Kontrollmaßnahmen im englischen Gebiet.

Wien, 22. Okt. Angesichts der knappen Lebensversorgung der Zivilbevölkerung ordnete die britische Botschaft die strengste Durchführung der deutschen Lebensmittel- und Verordnungen in der britischen Zone an. Müssen die Erzeuger nach Maßgabe der deutschen den gesamten Ertrag der Ernte abzüglich der gewöhnlich zusehenden Mengen abliefern. Die Besatzmacht berechtigt, alle Häuser, Höfe, Keller u.v. zu durchsuchen. Die in den landwirtschaftlichen Betriebe beschäftigten Personen dürfen anstelle von Lohn Lebensmittel im gesetzlich vorgeschriebenen Ausnahmefällen erhalten. Die Verantwortung für die Durchführung der Lebensmittelversorgung trägt die deutsche Behörde. Die britische Botschaft wird sie dabei unterstützen, aber auch verlässliche Beamte, die ihre Pflichten bei der Durchführung der Lebensmittelversorgung verlegen, ihres Amtes enthoben werden.

Der Kampf um Petersburg.

Insterdam, 22. Okt. Nach der Radio-Meldung
Hütter erklärte Trotski, die Armee, die Peters-
burg sei wieder in Gefahr. Für seine Verteidigung
aber im Lande genügend Kräfte gefunden werden
können, sei ein Kavalierievorstoß möglich. Es seien
unterwegs, um Petersburg zu helfen.

parlamentarische Unter-
suchungsausschuß

Donnerstag die erste öffentliche Sitzung des Unter-
n, dem die Aufklärung der Friedensmöglichkeiten
Der Untersuchung besteht aus folgenden Ab-
Wurmuth (Quat.), Vorsitzender, Gothein
Vorretirender Vorsitzender, Joos (Str.), Schrift-
Elassheimer (Soz.), Referent; ferner gehören dem
Die Abgeordneten Dr. Cohn (N. Soz.), Frau
und Dr. Schilling (Dem.) Als Sachverständige
Professur Dr. Bonn, München, Professor
Hoch und Professor Dr. Dietrich Schäfer. Sehr
ist die ausländische, besonders auch die bisher
ste. Der Saal fällt sich allmählich. Als einer
steht im Saale Bethmann Hollweg, mit ihm
Scheidendorff und Jagow, die auch zur Sitzung ge-
sind nicht erschienen. Graf Bernstorff hat an
einen Platz genommen.
Sitzende eröffnet die Sitzung. Er bittet die Presse,
an anderen Gerichtsverfahren, mit dem Urteil
Ein Urteil zu fällen, sofern sich das Material
eine bestimmte Persönlichkeit verdachte, werde
Staatsgerichtshofes sein, falls nämlich das Ge-
Bildung eines solchen vorliege, auch nach dieser
angeht werde. Darauf erfolgt die feierliche Ver-
Sachverständigen.

fahrt der Abgeordnete Dr. Singheim in
aus: Es kimen vier Perioden in Betracht:
1. die vom Ausbruch des Weltkrieges bis zur
die am 4. Mai 1916 an Wilson gerichtet wurde,
2. die Periode reichte vom 4. Mai bis 12. Dezember
3. die wichtigsten Tage des deutschen Friedensange-
bot vom 12. Dezember 1916 bis 9. Januar 1917,
4. das Quartier zu Vließ, der sogenannte rücksichtslose
Krieg beschloffen wurde. Die Schlupfperiode sei
als zum 31. Januar 1917, jenem Tage, an dem
das amerikanische Volschaster in Berlin,
eine Note übergeben wurde, betreffend den rük-
sichtslosen Unterseebootkrieg, und an dem sofort der Abbruch
der Beziehungen Amerikas uns gegenüber
in der ersten Periode sei zu sagen, daß nach
von einer eigentlichen Friedensaktion nicht die
Reihe. Die zweite Periode sei weit aus
die spielte sich ab zwischen dem 4. Mai, dem
Ausbrechung der Zusage, in der gesagt wurde,
Unterseebootkrieg nur auf den Kreuzerrieg be-
zogen werden müße, und dem 12. Dezember, dem
Friedensangebotes. Inzwischen seien an den
Wilson ganz bestimmte Instruktionen gegangen,
denen Wilsons herbeizuführen. Graf Bern-
stein sei bereits über die Friedensmöglichkeiten be-
richtet, darauf hingewiesen, Präsident Wilson sei bereit,

den Frieden zu vermitteln, auch die öffentliche Meinung in Amerika wünsche den Frieden. Leider werde im gegebenen Moment die öffentliche Meinung zu unsern Ungunsten wieder beeinflusst, so durch die Frage der belgischen Deportation und die Wirkung des Unterseebootskrieges. Solange der Volkstump in Amerika nicht eriebigt sei, sei an einen energischen Schritt Wilsons nicht zu denken. Am 18. Oktober, so fuhr Dr. Singheimer fort, hatte Herr v. Bethmann im Hauptquartier zu Vles mit dem Grafen Burian eine Unterredung, um die Grundlagen für das Friedensangebot zu finden. Diese Vorberatungen führten schließlich zu dem Friedensangebot. In dritter Periode war das Wesentliche in dem Vermittlungsangebot Wilsons die Bitte, die konkreten Friedensbedingungen mitzuteilen. Die Antwort des Staatssekretärs enthielt indessen fernerlei offizielle oder inoffizielle Andeutung der konkreten Friedensbedingungen. Gleichzeitig teilte am 18. Dezember eine neutrale Macht mit, daß ein Friedensappell Wilsons in Aussicht stehe. Am 26. Dezember antwortete Staatssekretär Zimmermann, daß auf die Forderung, konkrete Friedensbedingungen abzugeben, nicht eingegangen werden könne. Die Hauptaufgabe des Ausschusses ist, festzustellen, aus welchen Gründen die Friedensbedingungen Wilson gegenüber nicht angegeben wurden. Diese Bedingungen sind formuliert in den Akten, die mit Genehmigung des Kaisers mit dem Obersten Hauptquartier vereinbart wurden. Es liegt ein Aktenstück vor, wonach auch militärischerseits eine Einwirkung auf die Antwort an Wilson erfolgte. Graf Bernstorff schien in der Zwischenzeit seine Vermittlungen, die Bedingungen vertraulich mitzuteilen, zu verdoppeln, mit der Begründung, Oberst Houze habe ihn darum ersucht. Staatssekretär Zimmermann gab zunächst auf diese Anregungen Bernstorffs keine Antwort. Am 7. Januar bat er Bernstorff, diese Frage dilatorisch zu behandeln. Am 5. Januar beginnt die Schlusssperiode. Graf Bernstorff meldete in der ernstesten Weise, daß der rücksichtslose Unterseebootskrieg den Druck mit Amerika bedeute. Am 26. Januar telegraphierte Bernstorff, daß Oberst Houze im ausdrücklichen Auftrag Wilsons aus dem neuen Friedensvermittlung angeboten habe. Er wolle sich in territoriale Fragen nicht einmischen, wünsche aber ein Kriegsende ohne Sieger und Besiegte. Alle Vorbereitungen zur Friedensaktion seien getroffen. Bethmann meldete darauf an Bernstorff nach einer Reise ins Hauptquartier, Wilson hätte mit diesem Angebot früher kommen sollen, eine Risikoaufnahme des Beschlusses sei technisch unmöglich. Die deutsche Regierung sei aber bereit, vertraulich die Bedingungen anzugeben, unter denen sie bereit gewesen wäre, am 12. Dezember Frieden zu schließen. Es handelte sich, worauf der Berichterstatter besonderen Nachdruck legt, also nicht darum, Bedingungen anzugeben, unter denen die deutsche Regierung damals noch Frieden geschlossen hätte. Ob also diese Antwort der Bitte Wilsons entspricht, ist eine Frage, die weiterer Erörterung bedarf. Am 31. Januar erfolgte die Übergabe der Note über den rücksichtslosen Unterseebootskrieg und dann der Abbruch der Beziehungen mit Amerika. Wilson scheute sich offenbar, in den Krieg einzutreten. Darum deutet die Tatsache hin, daß er die gleichlautende Erklärung des österreichischen Votidasters in Amerika verheimlichte, um den Weg zu Österreich offen zu halten. Im März wurde der Krieg erklärt, nachdem das mexikanische Telegramm Zimmermanns bekannt wurde, das schon im Januar abgesandt worden war.

Darauf erfolgte die Bereinigung und Vornahme des Grafen Bernstorff. Graf Bernstorff führte unter anderem aus: Wilson hat Anfang August, sofort nach Ausbruch des Krieges, eine erste Friedensvermittlung versucht. Im September hat er einen zweiten Versuch machen lassen, der daran scheiterte, daß der Verband gar nicht gerathen ist. Jegliches habe ich nichts davon gehört. Als das zweite Friedensangebot scheiterte, hielt er es für notwendig, sich mehr zurückzuhalten. Er sandte trotzdem Oberst House im Winter 1914—15 nach Paris, London und Berlin, wo dieser im März war. Als er von Berlin zurückkam, sagte er, der Augenblick sei noch nicht gekommen. Es wäre noch niemand bereit auf einen Frieden einzugehen. Graf Bernstorff schickte dann die Verhandlungen wegen der Versenkung der „Susitania“, die dazu führten, daß Deutschland sich bereit erklärte, Passagierdampfer nicht ohne Warnung zu torpedieren, daß die deutsche Regierung es aber ablehnte, die Versenkung der „Susitania“ als ungelegentlich zu erklären. Dieses Wort wurde von uns unbedingt abgelehnt. Schließlich gab Wilson nach. Er würde sich damit begnügen, wenn wir erklärten, daß solche Repressalien Neutrale nicht treffen dürften. Diese Erklärung war eben fertig und sollte ausgetauscht werden, als in Berlin der verheerendste Unterseebootskrieg, nicht der unbeschränkte, erklärt wurde. Dadd darauf wurde die Seezuz torpediert. Jetzt kam eine endgültige Einigung zustande. Der Unterseebootskrieg sollte nach den Grundsätzen des Kreuzerkrieges geführt werden. Im Laufe des Winters 1915—16 war House zum zweiten Male nach Berlin gefahren, wo er im Januar 1916 war. Als er zurückkam, erklärte er mir, daß der Hauptwiderstand gegen einen Frieden vorläufig noch in Paris zu finden wäre, daß er in England eine gewisse Vereithaltung gefunden hätte. Ich habe zum ersten Male von der Absicht der kaiserlichen Regierung, den Wilsonschen Wünschen entgegenzukommen, durch ein Telegramm gehört, welches der Postkaplan Gerard nach Erledigung der Seezuzsfrage nach Washington richtete. Ich habe darauf aus Berlin ein Telegramm erhalten, in dem gesagt wurde, daß wegen der öffentlichen Meinung in Deutschland noch einige Zeit hingehen müsse, daß es aber im allgemeinen der Wunsch

fei, Wilsons Friedensvermittlung anzunehmen. England solle aber zuerst durch Amerika veranlaßt werden, die Blockade aufzuheben. Darauf erklärte mir House, die Verhältnisse seien inzwischen so geworden, daß Amerika England dazu nicht mehr veranlassen könne, da der Handel Amerikas zu sehr mit dem Handel des Verbundes inzwischen verknüpft worden sei. Dagegen könne Wilson immer noch für einen Frieden ohne Sieger und Besiegte eintreten, wenn die öffentliche Meinung beruhigt sei, da dieser Schritt als preudisch gedeutet würde. Es erfolgte darauf eine vom Kaiser genehmigte Instruktion vom 18. August, daß die Tätigkeit des Präsidenten ermutigt werden sollte. Es dürfe uns aber nicht zugemutet werden, uns zu konkreten Bedingungen zu verpflichten. Wichtig scheint mir in diesem Zusammenhang auch ein Memorandum des Kaisers vom 9. Oktober 1916 zu sein, das der Kaiser selbst geschrieben hatte. In diesem an Gerard gerichteten Memorandum heißt es: „Euer Excellenz haben Einer Majestät bei Ihrer Unterredung in Charleville im Hauptquartier gesagt, daß Präsident Wilson gegen Ende des Sommers bereit sein würde, seine guten Dienste anzubieten, um den Frieden einzuleiten. Die deutsche Regierung hat keine Nachricht darüber, ob der Präsident an dieser Idee noch festhält und hinsichtlich des Zeitpunktes, zu dem er diesen Schritt unternehmen will. Inzwischen hat aber die Föhrung des Krieges eine solche Form angenommen, daß die deutsche Regierung glaubt, daß es ihre Pflicht ist, Euer Excellenz mitzuteilen, daß sie es für nötig halten würde, die beabsichtigte Aktion des Präsidenten zu beschleunigen, damit sie nicht zu spät im Jahre stattfindet.“ In den Unterredungen, die zeitlich hierauf folgten, wurde immer wieder betont, daß vor der Wahl des Präsidenten Wilson ein Friedensschluß unmöglich wäre. Dieses Memorandum hat großen Eindruck auf die amerikanische Regierung gemacht, und zwar insofern, als von jetzt an in Amerika die feste Ueberzeugung entstand, daß die deutsche Regierung bereit sein würde, eine Vermittlung Wilson anzunehmen. Die Präsidentenwahl fand am 7. November statt. Der Wahlausgang war anfangs sehr unsicher. Diese Verzögerung ist wichtig, weil sich daraus erklärt, daß Präsident Wilson erst nach herannahender Zeit einen Friedensschritt tun konnte. Ich habe später erfahren, daß Wilson die Friedensnote, die er am 18. Dezember abhandelte, schon Mitte November aufgesetzt, aber in seinem Schreibtisch behalten hatte, weil damals in Amerika wieder wegen der belgischen Deportationen eine antideutsche Welle durch das Land ging. Aus den weiteren Angaben des Herrn Bernstorff geht hervor, daß Wilson das Friedensangebot der Mittelmächte, das am 12. Dezember 1916 öffentlich erfolgte, bedauert hat. Er hat durch den Obersten House dem Grafen Bernstorff aussprechen lassen, daß dieser Friedensschritt — von dem dem Grafen Bernstorff vorher nur streng vertraulich zu seiner persönlichen Information Mitteilung gemacht worden war — eine Gefährdung seines Schrittes sei.

Abgeordneter Dr. Sinzheimer: Unser Friedensangebot vom 12. Dezember war also als Durchkreuzung der amerikanischen Pläne anzusehen?

Graf Bernstorff: „Durchkreuzung“ möchte ich nicht sagen, aber als Erwidrerung. Mit dem Obersten Bouje habe ich über unser Friedensangebot nicht gesprochen, da das Telegramm ausschließlich für mich persönlich bestimmt war. Darin stand auch, das weitere hänge von der militärischen Lage ab. Zwischen dem 12. und 18. Dezember aber habe ich mit Bouje über das deutsche Friedensangebot gesprochen. Ich habe den Eindruck gehabt, daß die amerikanische Regierung ziemlich enttäuscht war, weil ihr dadurch die Möglichkeit, den ersten Schritt zu tun, genommen wurde.

Abgeordneter Dr. Singhelmer: Wir sind bei der heutigen Vernehmung bis zum 12. Dezember gekommen. Ich stelle somit als Ergebnis der heutigen Sitzung fest: Haben Sie die Instruktion in dem Sinne aufgestellt, daß Sie den Präsidenten Wilson oder den Obersten Howe ermuntern oder beeinflussen sollten, eine Friedensaktion zu unseren Gunsten zu unternehmen?

Abgeordneter Dr. Singheimer: War Billion bereit diesen Wünschen Rechnung zu tragen?

Abgeordneter Dr. Singheim: War innerhalb dieses Rahmens, der Ihnen gesteckt war, Wilson bereit, auf eine Friedenskonferenz mit internationaler Grundfrage einzugehen, auch ohne konkrete Friedensvorschläge unsererseits?

Darauf wird die Vernehmung abgebrochen. Fortsetzung
Mittwoch, den 22. Oktober.

Die Nationalversammlung.

Sitzung vom 21. Oktober.

Am Regierungstisch Braun. Auf der Tagesordnung stehen zehn kleine Anfragen. Es folgte dann die zehnte Beratung des Staatshaushaltsplanes, und zwar die Landwirthschaftliche Verwaltung.

In der Begründung seines Antrages jagt der Abg. Graf von Kanitz (Dn. Vp.): Die Aufhebung der Zwangs-
Wirtschaft ist für uns keine Landwirtschaftsfrage, auch keine
Frage des Partikularismus oder Separatismus, sondern eine
Lebensfrage. Geben Sie uns die Freiheit, die nötig ist,
wenn wir den Wirtschaftskampf siegreich bestehen sollen.
Der Redner schilderte die Gefahren für Ost- und Westpreußen
nach Durchführung des Friedensvertrages. In Ostpreußen
habe man das Gefühl, auf einem verlorenen Boden zu

sehen. Man leide weniger unter der Angst vor der polnischen Wirtschaft als unter dem mangelnden Schutz des Reiches, und in einer solchen Krisis spürt man auch noch der Schnellungsverkehr nach dem Osten. Kleine Ursachen können aber große Wirkungen haben.

Abg. von Kessel (Dn. Sp.) begründet einen Antrag seiner Fraktion, um schleunigste Maßnahmen zu erwirken, durch die dem großen Mangel an Arbeitern und Handwerkern auf dem Lande gesteuert werden kann.

Abg. Jakob (Zentr.) begründet einen Antrag auf Erleichterungen für die besetzten Gebiete bei der nach dem Friedensvertrag zu bewirkenden Ablieferung von Vieh. Die Lage der Landwirte wird noch verschärft durch die bevorstehende Ablieferung von Vieh. Gewiß wollen sich die Landwirte ihren Verpflichtungen nicht entziehen; vor allem aber ist es notwendig, daß die Preise für das abzuliefernde Vieh den Verhältnissen entsprechend festgesetzt werden. Ferner begründet Redner einen Antrag zwecks Freigabe landwirtschaftlicher Gebäude in den besetzten Gebieten. Es sei zur Sicherung der Ernte notwendig, daß die Reichsregierung mit dem Verbands in Verhandlungen eintrete, um in dieser Beziehung eine Aenderung in den bestehenden Verhältnissen herbeizuführen.

Abg. Dr. Schreiber-Halle (Dem.) begründet einen Antrag auf anderweitige Zusammensetzung der Landwirtschaftskammern. Diese müßten ein Wahlrecht auf demokratischer Grundlage erhalten, das auch den kleinen und mittleren Bauern gerecht werde. Dementsprechend seien auch das Landesökonomikollegium und der Landwirtschaftsrat zu reformieren.

Abg. Frau Heyberger tritt dafür ein, daß auch in die Landwirtschaftskammern und in das Landwirtschaftsministerium sachkundige Frauen zu Mitarbeiterinnen berufen werden.

Ein Antrag der Sozialdemokraten auf Ausdehnung der Bestimmungen der Kleinpachtordnung wird vom Abg. Peters-Hochdorn befürwortet.

Ein dringender Antrag der deutschnationalen Vögel, Dr. Fergt und Genossen, die Staatsregierung zu ersuchen, die am 2. September 1919 vom Landwirtschaftsminister erlassene Verordnung über die Sicherstellung von landwirtschaftlichen Arbeiten schleunigst wieder aufzuheben, begründet Abg. Kippel (Dn. Sp.). Er sagt u. a.: Der Minister sollte erst einmal selbst dafür sorgen, daß die Tarifverträge in seinem Betriebe auch durchgeführt werden. Um das Vertrauen des ganzen Volkes zu erhalten, darf der Minister nicht seine Stellung mit der eines sozialdemokratischen Parteiführers verwechseln.

Abg. Jakob-Massau (Zentr.) verlangt wirklich fühlbaren Abschluß von Schwarzbild und Stiefeln in der Ufer, am dem Hundsrück und im Rheingau zum Schutz der Landwirtschaft gegen Wildschäden, die einen immer größeren Umfang annehmen. Weiter verlangt der Abgeordnete als Berichterstatter über den Weinbau ausreichende Mengen Anwerbsmittel u. a. für die Winger zur Bekämpfung der Schädlinge des Weinbaues. Bei den Weinbeschädigungen kommt es in der Hauptsache auf eine schnelle Bekämpfung an. Es handelt sich hier manchmal um Tage, manchmal sogar um Stunden. Die Regierung muß, im Gegensatz zu früheren Jahren, in diesem Jahre die Bekämpfungsmittel rechtzeitig zur Verfügung stellen. Endlich begründet der Abgeordnete einen Antrag auf rechtzeitige Belieferung der Winger mit Weizen zur Traubenernte.

Abg. Dr. Heß (Zentr.) begründet einen Antrag auf Einberufung des von ihm vorgeschlagenen Weinparlamentes zur Durchberatung der schwierigen Lage der Winger und zur Abwehr der ihnen drohenden schweren, aus den Bestimmungen des Friedensvertrages erwachenden Schädigungen. Die heutigen hohen Preise kommen den Wingern nicht in erster Linie zugute, da auch im Weinbau das Schiebertum feuchtschädliche Organe füttert. Aus dem Wege vom Kaiser bis zum Trinker verteuert sich der Wein oft um 200 und mehr Prozent. So kommt es dazu, daß die Weinsteuer nicht 28, sondern 30, 60 und mehr Prozent beträgt. Bedauerlich ist es, daß der Wein heute zum Luxusartikel geworden ist. Gerade bei der künftigen Nahrung sollte er ein Stärkungsmittel sein, das sich auch der Winderhemittel leisten kann. Eine furchtbare Gefahr droht dem Wingerstande durch den Friedensvertrag. Man denke nur an die freie Ausfuhr aus Elsaß-Lothringen.

Abg. Dr. Abderhalden (Dem.) fordert Mittel für die wissenschaftliche Forschung. Die tierärztlichen und landwirtschaftlichen Hochschulen müßten hierin eben so gestellt sein wie die Universitäten. Zu einer Antwort der Regierung auf diese und andere Wünsche kam es heute noch nicht.

Das Haus wird in dieser Sitzung noch Plenarsitzungen halten und die nächste Woche ausschließlich für die Arbeit der Ausschüsse freilassen.

Die besetzten Gebiete.

In Birkenfeld haben die Sonderblätter eine schwere Niederlage erlitten. Sie erhielten von 15 Sten in der Stadtverordnetenversammlung nur 3. Ebenso verloren die Sozialdemokraten ungeheuer, denn von 214 Wählern der der Nationalwahl blieben ihr ganze 8 treu. In Oberstein erhielten trotz schlechter Wahlbereitschaft (42 Prozent) die bürgerlichen Parteien erheblich mehr Stimmen (im ganzen über 420), während die Sozialdemokraten von 1861 Stimmen auf 780 zurückfielen.

Gegen Schieber und Spekulant. Der Oberste Verwalter des Saargebietes, General Andauer, hat durch Verfügung vom 15. Oktober die Errichtung eines Spezialgerichtshofes gegen unerlaubte Spekulationsgeschäfte angeordnet. In den „allgemeinen Bestimmungen“ dieser Verfügung heißt es: Alle Personen, welche sich an Spekulations- und Schiebergeschäften beteiligen, Preiswucher oder unerlaubte und betrügerische Geschäfte treiben, werden mit Zuchthaus von 1 bis 15 Jahren bestraft und außerdem mit einer Geldstrafe nicht unter 10 000 Mark. Die Gewinne, die aus den gekennzeichneten Geschäften stammen, werden beschlagnahmt, ebenso die betreffenden Waren. Gegen die Verurteilung ist keine Berufung möglich. Die Vollstreckung des Urteils kann erst nach der Befristung durch den General-Obersten Verwalter des Saargebietes, erfolgen. Die Personen, die mit der Überwachung und der Unterdrückung der vorgenannten Vergehen beauftragt sind und gegen diese Pflicht verstoßen, werden mit denselben Strafen belegt.

Kohlenversorgung. Der Öffentliche Anzeiger in Kreuznach meldet, die französische Regierung habe infolge der Bestimmungen der französischen Militärbehörden die Versorgung des besetzten Gebietes mit Saarkohlen genehmigt.

Die Räumung der Ostländer.

Anerkennung für Graf v. der Goltz. Generalleutnant v. Goltz, der Oberbefehlshaber des Reichswehrgruppenkommandos 3 früherer Armee-Oberkommando Nord hat in seiner Eigenschaft als Vorgesetzter des Generalstabes v. d. Goltz diesem ein Dankschreiben übermittelt, das jeder, der die Verhältnisse an der deutschen Ostgrenze kennt, unterschreibt. v. Goltz sagt darin: u. a.: Wie selten der Abschied eines Heerführers wird Ihr Scheiden nicht nur in der Truppe Trauer und Niedererschlagenheit hervorrufen, sondern alle tapfer und vaterlandsliebend gesonnenen Deutschen werden, nur mit bitterer Enttäuschung Ihre Abberufung vernehmen. Alle wissen sehr wohl, was der Name Graf v. d. Goltz für deutsches Wesen im Osten bedeutet; uns allen sind unergänglich die großen Dienste, die Sie dem Vaterlande in schwerster Zeit geleistet haben. Als Sie im Februar d. J. die Führung des 6. R. A. übernahmen, drohte unserer schwergeprüften Heimat ein neuer Schlag. Die bolschewistischen Horden schritten sich an, mordend und plündernd in Preußen einzufallen. Dem Einfluß Ihrer Persönlichkeit und Ihrer unermüdblichen Tapferkeit war es zu danken, daß diese Gefahr bald darauf mit einem Schlage beseitigt wurde, daß die Ihnen unterstellten Truppen, von Sieg zu Sieg schreitend, Kurland und Nordlitauen den Bolschewisten entzogen und damit Gut und Blut vieler deutscher Stammesbrüder vor dem sicheren Untergang bewahren konnten. Diese Erfolge wurden gegen erneute, schwere, feindliche Angriffe Kraftvoll behauptet, und dem Gegner dadurch die Luft genommen, den Bolschewismus mit Waffengewalt nach Deutschland zu tragen. Fast noch mehr wie als Heerführer galten Sie weiten Kreisen unseres Volkes als ein wahrhafter Schirm deutscher Art auf gefährdetem Augenposten. Unter denkbar schwierigsten Verhältnissen galt es, die mit deutschen Blut erworbenen Gerechtsame und Ansprüche zu behaupten. v. Goltz schließt sein Schreiben mit dem Ausdruck der Überzeugung, daß nichts von dem was Graf v. d. Goltz geleistet hat, vergebens war oder verloren ist, sondern in fernster Zukunft doch Früchte tragen wird.

Deutschland.

Die kritische Lage der Bolschewisten ruft die deutschen Unabhängigen auf den Plan. In einem Aufruf „Gegen die internationale Verschönerung des Kapitals“ wenden sich die Zentralleitung und die Fraktion der Unabhängigen Partei in der Nationalversammlung an das europäische Proletariat, um stärksten Druck auf die im Kampf gegen Sowjet-Rußland stehenden Regierungen auszuüben und sie zur Einstellung ihrer Expedition zu zwingen. Bezeichnend dabei ist, daß die Unabhängigen in ihrer Sorge für die Bolschewisten eine Politik empfehlen, die sie im Interesse des deutschen Volkes noch niemals befolgt, im Gegenteil stets als Verdränger gebrandmarkt haben. Sie fordern nämlich die Ablehnung der Verbandsnote, die Deutschland die Teilnahme an der Blockade Russlands nahelegt, und statt dessen die unverzügliche Aufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der Regierung Lenins, also nicht mehr und nicht weniger als die Durchkreuzung der vom Verband gegen Rußland geplanten Maßnahmen. Einen derartigen Mut hat die Unabhängige Partei noch niemals aufgebracht, wenn es sich um das deutsche Volk gehandelt hat. Und in diesem Falle dürfte sie sich sagen, daß eine den Verbandsabsichten geradezu entgegengesetzte Politik nicht geeignet sein dürfte, die internationale Lage Deutschlands zu verbessern. Aber das beeinflusst, wie man sieht, die Erwägungen der deutschen Unabhängigen bedeutend weniger als ihre Sorge um die Erhaltung des Bolschewismus. Mit ihrem Aufruf an das internationale Proletariat werden sie im übrigen wohl den gleichen Erfolg erzielen, wie seinerzeit mit den Vorbereitungen zur internationalen Waffeler.

Der Sonderbericht gegen den Bucher. Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ hören, sind die Verhandlungen der bayerischen Minister Hamm v. Freyberg, Dr. Müller und Andres mit dem Reichswirtschaftsminister und des Ministers Dr. Müller mit dem Reichsjustizministerium über die beabsichtigte durchgreifende Maßnahme zur wirksamen Bekämpfung von Bucher und Schleichhandel durchaus erfolgreich verlaufen. Insbesondere bestehe volle Aussicht, daß der bayerische Vorschlag, zur schnellen Aburteilung besondere Buchergelände einzufügen, gesetzgeberisch rasch verwirklicht wird. Von den sonstigen Vorhaben habe namentlich auch die Androhung von Zuchthausstrafen für besonders schwere Fälle Annahme gefunden.

Amerika.

Präsidentenwechsel? Wie das Berner Tageblatt meldet, verdichten sich in Washington die Gerüchte, daß ein Präsidentenwechsel in den Vereinigten Staaten nahe bevorstehe. Die Schwere der Krankheit Wilson wird offiziell zugegeben. Der Washingtoner Berichterstatter der Daily News meldet, daß Staatssekretär Lansing die gesamte Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernommen hat. Wie verlautet, ist Lansing gegen die auf die Befreiung der Türkei oder auf sonstiges Einzelziehen der Vereinigten Staaten in die europäischen Verwicklungen gerichteten Pläne und für „splendid isolation“, während Wilson bisher alles getan hat, um die Amerikaner zur Teilnahme an der Weltpolitik zu bewegen.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

1. Holzappel, 23. Okt. Von den 6 aus unserm Orte in Gefangenschaft weilenden Kriegsgefangenen, ist der letzte, Wegewärter, Dr. Thorn zurückgekehrt und es wurde daraufhin, am Sonntag und Montag nach fünfjähriger Unterbrechung zum ersten Male Kirnens von Jung und Alt tüchtig gefeiert. Den am Montag zur Verlosung gekommenen Kirneshammel gewann die 5jährige Leni Vandgras von hier.

2. Frankfurt, 21. Okt. Zwischen den Frankfurter Eisenbahnern (D. E. B.) und der Eisenbahndirektion ist der Streit in einer öffentlichen Versammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes beigelegt worden. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der sie den Beschluß auf Rücktritt des Eisenbahnpräsidenten Dr. Schapf, des Oberregierungsrats Lütke und des Oberbaurats Straßburg aufhebt und den Beschluß gegen den Allgemeinen Eisenbahnerverband zurücknimmt. — Der Meßnachschuß der internationalen Messe in Frankfurt am Main hat für die Frühjahrsmesse die Zeit vom 1. bis 10. Mai 1920 in Aussicht genommen.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Den 85. Geburtstag feiert heute einer unserer ältesten Mitglieder, Georg Phil. Peter Schmidt (Wachstraße). Möge ihm noch manches Jahr in bester Gesundheit beschieden sein.

Ernennung. Auf allgemeine Verfügung des Justizministers vom 1. d. Mts. wurde der Gerichtsdieners und Gekerkennenaufseher Herrmann beim Amtsgericht Bad Ems zum Justizwachmeister ernannt.

Die Stadtverordnetenversammlung hält heute noch ihre letzte Sitzung vor den Neuwahlen ab. Die Sitzung wird sicherlich schon von den neuen Männern abgebrochen werden.

Der Umfang der Kartoffelnot in Bad Ems ist nichts besser veranschaulicht, als durch die Tatsache, daß die Stadtverwaltung auf Grund der von ihr geforderten Kartoffeln noch 14 000 Zentner fehlen. Von den am Dienstag abgegebenen Aufträgen wurde, wie uns mitgeteilt wird, infolge der Bedenken der Kriegseingesetzten gar nicht. Die Kartoffelbedarfsmenge vergrößert sich noch täglich. Es ist aber für die Bürger dringend zu raten, nicht mehr auf Verpfändungen der Vorräte zu warten, sondern umgehend einen Kauf beim Magistrat anzumachen, der am 25. Oktober die fehlende Menge in Diez annehmen muß. Die Kartoffelstelle wird dann alles Mögliche tun, diesen Bedürfnissen zu entsprechen.

Die Deutsche demokratische Partei Bad Ems hat heute abend 8 Uhr im Gasthaus „Zur Krone“ eine Versammlung ab. in der Parteisekretär Bau 18 anwesend und der Vorsitzende der hiesigen demokratischen Partei Sturm sprechen werden.

Aus Nassau und Umgegend.

Der Taunuskreis veranstaltete am Sonntag, 23. Oktober, deren Führung die Herren Max Born und Buch hatten und zu der sich 58 Wandersüßige zusammenfanden. Am den schönen Herbstsonntag noch einmal auszureisen, den Nassauer Berg, wo man von dem Platz, an dem das Tempelchen stand einen wunderschönen Blick auf die Gegend hatte. Hier an diesem weit und breit bekannten Ort, den die Nassauer als „Himmelstempel“ bezeichnen, denmal gebachte der Vorsitzende Adolf Kuhn, der verstorbenen Ehrenpräsidenten des Gesamttaunuskreis Mittel. Er verlas den Nachruf, den der Vorstand des Taunuskreis dem tröstlichen Manne gewidmet hat, zu erheben Worte hinzu. Im weiteren Verlauf der Versammlung gab der Vorsitzende Stellen des Taunuskreis, die die Gegend, die einen herrlichen Blick in die Gegend hat, und die Gegend, von wo ein wunderbarer Blick auf das Taunus, auf Kloster Arnstein und das Schloss zu alle Ferner Lieder entzückt. Durch den herrlichen weiter wandern, wurde in Kürze die Gegend, von dem Taunuskreis Schul für gute und flotte bestanden gezeigt war. Eine gemächliche Gesellschaft von Wanderinnen und Wanderer hier etwa zwei Stunden lang Herr Kuhn brachte ein Rundschreiben des Taunuskreis, das a. M. zur Kenntnis. Es wurden die Herren Kuhn, Carl Kuhn, Postsekretär Kopper, Frau Direktor Wagner, sein Pauline Unterberg und Fräulein Hilde Kuhn als der in die geplante Werbeabteilung gewählt. Die schließung des Taunus als Wandergelände, die die für die Zusammenstellung der Wanderung, die die besten Punkte in der näheren Umgebung gezeigt hat, eine gute Führung. Seine in sinnreiche Worte gefaßt hat, hob besonders den Wert des Wanderns hervor und die Dienste, die sich der Taunuskreis hierbei erworben hat.

Aus Diez und Umgegend.

Die Wahlversammlung. Die Deutsche demokratische Partei in der Kampf um die Stadtverordnetenwahl halten heute abend 8 Uhr deutsche Zeit (also 7 Uhr europäische Zeit) eine öffentliche Versammlung in „Holland“ ab, in der Redner dieser Parteien das Programm vor, ihnen im Stadtparlament vertreten werden können. In dieser Versammlung hat jeder wahlberechtigte Bürger der Stadt Diez Zutritt.

Die Wahlhandlung.

Angeht die der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl die Kenntnis der Bestimmungen über das Wahlverfahren allgemeinen Interesse sein.

Die Wahlhandlung beginnt am Sonntag, den 24. d. Mts. um 8 Uhr vormittags und wird um 7 Uhr (neue Zeit) geschlossen. Jeder Wähler, welcher seine Stimme abgeben will, hat während dieser Zeit in dem Wahllokal Stimmzettel einen mit dem Namen der Bewerber, der Wähler seine Stimme geben will, versehenen Stimmzettel, welchem Papir in der Größe von 9 zu 12 Zentimeter im Wahlraum bereitgehaltenen abgestempelten Umschlag legen und dem Wahlvorsteher oder dessen Stellvertreter übergeben. Der Wähler nimmt dabei aus der Hand der bestimmten Person einen abgestempelten Umschlag, in dem in den Nebenraum oder an den Nebenraum seinen Stimmzettel in den Umschlag, tritt an den Wahllokal, nennt seinen Namen und auf Erfordern seine Unterschrift, sobald der Schriftführer den Namen in der Liste aufgefunden hat, den Umschlag mit dem Stimmzettel, Wahlvorsteher, oder dessen Stellvertreter.

- Ungültig sind Stimmzettel:
1. die nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag gegeben worden sind;
 2. die nicht von weißem Papier sind;
 3. die mit einem Kennzeichen versehen sind;
 4. die keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten;
 5. aus denen nicht die Person mindestens eines Stimmzettels zu erkennen ist;
 6. die eine Verwahrung oder einen Vorbehalt gegen die Gültigkeit enthalten;
 7. die Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen enthalten;
 8. die ausschließlich auf andere als die in den öffentlichen gegebenen Wahlvorschlägen aufgeführten Personen lauten.
- Mehrere in einem Umschlag enthaltene Stimmzettel gelten als eine Stimme; in einem Umschlag, auf verschiedene Personen lautende Stimmzettel, ungültig.

Zutritt zum Wahlraum hat jeder Wahlberechtigter, alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag Lebensjahr vollendet und im Gemeindebezirk seit 3 Monaten ihren Wohnsitz haben. Im Wahlraum dürfen nur sprechen gehalten, noch dürfen Stimmzettel aufgelegt werden. Der Wahlvorstand kann jeden, der den Wahlraum betreten, der die Ruhe und Ordnung der Wahl stört; ein Wahlberechtigter, der hierdurch betroffen wird, vorher seine Stimme abgeben.

Wähler, die durch körperliche Gebrechen behindert ihre Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen, diese dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich von einer Vertrauensperson bedienen.

Literarische Vereinigung Bad Ems.
Samstag, den 25. Oktober 1919, abends
8 Uhr in der „Stadt Wiesbaden“
Rudolf-Diez-Abend.
Bewirtende: Herr Rudolf Diez-Wiesbaden, Frau Kor-
respondentin Graeff-Bad Ems, Herr Priester-Bad Ems.
Eintrittsgeld für Nichtmitglieder 2 Mark. [192]
Der Vorstand.

Für die uns anlässlich unserer **Silbernen Hoch-**
zeit in so reichem Maße zugegangenen Gratulationen
sprechen wir hiermit unsern herzlichsten Dank aus
Peter Weis u. Frau.
BAD EMS, den 23. Oktober 1919.

Ihre Vermählung
zeigen an
Josef Daubach u. Frau
Hedwig, geb. Müller.
BAD EMS, den 23. Oktober 1919.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme
während der Krankheit und bei dem Tode meiner
lieben, unvergesslichen Schwester, besonders auch
für die schönen Kranzspenden sagt innigen Dank
Katharina Schröder.
Bad Ems, den 22. Oktober 1919.

Zum Fussbodenanstrich!
empfehle: **Leinöl** gekocht, rein, **Harttrockenöl**,
Staubbindendes Fussbodenöl, Leinölersatz.
Aug. Roth, Drogerie, Ems.

Wählerinnen u. Wähler von Bad Ems!

Warum müsst Ihr die Kandidaten der Freien
bürgerlichen Vereinigung wählen?

1. Weil dieselben **unbefangen** in das Stadtparlament eintreten werden, da **Partei-**
fesseln sie **nicht** bei den kommenden schwerwiegenden Beratungen **behindern**.
2. Weil sie ihre Stimme nicht nur **zu Gunsten der Kurindustrie**, sondern auch
zu Gunsten aller erwerbstätigen Stände, einer auskömmlichen Be-
amtenbesoldung u. der Kriegsfürsorge in die Wagschale werfen werden.
3. Weil **unsere Kandidaten** die Gewähr bieten, daß **Eure Interessen** in jeder
Beziehung, unter Hinweglassung aller Einseitigkeit, **gewahrt werden**.
4. Weil sie keine goldenen Berge versprechen, wohl aber **alles Erreichbare** für
das Wohl der Gesamtheit **erstreben werden**.

Darum wählt die Liste
Bleichrodt.

Meldezettell

zur täglichen Meldung der übernachtenden Fremden laut Ver-
schrift d. r. franz. Militär-Verwaltung sind zu beziehen durch
die

Druckerei H. Chr. Sommer,
Diez - Bad Ems.

Sofort zu mieten gesucht
möbl. 3-4 Zimmerwoh-
nung mit Küche! Sonnen-
seite. Angebote unter **N. 400**
an die Geschäftsstelle der
Ems-Ztg. [184]

Mädchen

für Hausarbeit und zum Bedienen
der Gäste gesucht.
Wo, sagt Geschäftsstelle.

Dienstmädchen

für alle Hausarbeit nach Köln
gesucht, hoher Lohn und gute
Behandlung, freie Reise. Herr-
schaft hier anwesend
Hotel zum Löwen, Ems.

Gesucht für sofort ein in
aller Hausarbeit erfahrenes
Mädchen.
Frau Dr. Roth,
Wilhelmallee 24, Ems.

Stundenmädchen
oder Frau für den Vormittag
gesucht.
Frau Klein,
Bahnhof, Ems.

Zuverlässige Person
für vormittags gesucht. 204
zu sfr. i. d. Gesch. d. E. Ztg.

Stundenmädchen
oder Frau für vormittags 2
Stunden gesucht. [203]
Frau Ph. Bernstein, Ems,
Römerstraße 64.

Gerag warmer Heberzieher
u. ein Kugug für mittlere Figur
zu verkaufen.

Auskunft in der Geschäftsstelle [199]

Ein fast neuer weißer Kinder-
pelztragen und Duff sowie
ein weißer Kinderhut (Beider)
zu verkaufen. [195]
Victoria-Allee 1, Ems.

Guterhaltene, gebrauchsfähige
Schreibmaschine
zu kaufen gesucht. Angebote an
Hotel zum Löwen, Ems. 200

Wäsche

jeder Art, gebraucht und neu,
zu kaufen gesucht.
Angebote unter „Wäsche“ an
die Geschäftsstelle d. Ztg.

Älteres, zuverlässiges
Mädchen
für Küche und Hausarbeit
in Dauerstellung gesucht.
Richter, Ems, Römerstr. 48

M.-G.-B. Herdt, Ems.
Morgen Freitag
Gefangstunde
in Gasthaus Sportburg
26) Der Vorstand.
M.-G.-B. „Germania“
Bad Ems.
Freitag abends 7/8 Uhr
Gefangstunde.
Neue Mitglieder werden aufge-
nommen. Volzhühner erscheinen
erwartet Der Vorstand.

Echtes
Filder Sauerkraut
empfiehlt
P. Diez, Ems.

Prima doppeltgekochtes
holländisches

Leinöl

strichfertig, empfiehlt [194]

G. May, Diez.

Kolossbutter
frisch eingetroffen.
P. Diez, Ems.

Reinste
Marmelade
Prima Matzger Käse
frisch eingetroffen
Heinrich Limburg, Ems.
Telefon 2 [199]

Holländer Solherlinge,
Bismarckheringe i. Dosen
Kollmops
empfiehlt
P. Diez, Ems.

Zu verkaufen:

1 Bett mit Sprungfedermat-
trasse, 1 große Badewanne,
1 Nachtschiff, 1 Sofa, 1 Wasch-
kommode mit Marmorplatte,
1 Tisch, 2 Gaslester-Lampen,
Waschgestell, Angelgeräte,
1 Fenster, eichenholz u. noch
verschiedene Geräte.
Grabenstraße 14, Ems.

Einige Zentner
Tafelbirnen
zu verkaufen. [197]
Birkenbach, Bauerstr. 33.

Oeffentliche Volksversammlung

Donnerstag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr, deutsche Zeit
im grossen Saale des „**Hof von Holland**“ in **Diez.**

Redner: 1. Lehrer **Ringshausen,**
Thema: Demokratie und Gemeindewahlen.

2. Amtsgerichtsrat **Waldschmidt,**
Thema: Selbstschutz des Bürgertums.

3. Metzgermeister **Thomas,**
Thema: Die Finanzlage der Stadt Diez.

Freie Diskussion.

Alle Wahlberechtigten der Stadt Diez werden um ihr Erscheinen gebeten.

Die Deutsche demokratische Partei,
Die Deutsche Volkspartei.

Wähler und Wählerinnen!

Gebt bei der Stadtverordnetenwahl am 26. Oktober Eure Stimme:

den Kandidaten der Deutschen Volkspartei!

Sie werden eintreten:

1. Für eine blühende Zukunft von Ems als Kurort, denn die Emser Kurindustrie ist die Grundlage für das Gedeihen und den Wohlstand unserer Stadt.
2. Für einen gesunden Fortschritt auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit der Losung: **Aufbauen im Anschluss an das bewährte Bestehende, aber nicht blindlings niederreißen!**
3. Für die wirtschaftliche Hebung des schwer um seine Existenz kämpfenden Mittelstandes.
4. Für den Schutz der wirtschaftlich Schwachen, der Kriegsbeschädigten, der Hinterbliebenen, der Witwen und Waisen.
5. Für die Erschliessung neuer Erwerbsquellen, die Begünstigung und Förderung neuer geeigneter Industrien, die Anstrengung neuer Verkehrswege.
6. Für unsere bewährte Simultanschule, die Einheitsschule, für den Aufstieg begabter Kinder aus allen Volksschichten.

Wähler und Wählerinnen!

Wenn Euch das Glück und Gedeihen unserer Stadt am Herzen liegt, dann gebt Eure Stimme dem **Wahlvorschlag der Deutschen Volkspartei.**

Wählt einmütig die Liste Georg Müller!

Die Deutsche Volkspartei.

Erbschaftshalber

verkaufen die Erben Steinemann ihr in Bad Ems
Bleichstraße Nr. 40 gelegenes

zweistöckiges Wohnhaus,

Hemise, und Garten mit 2 Obstbäumen.

Näheres Wilhelm Schmidt, Hohe Mauer 1, Ems.

Pfeffer

weiss und schwarz

Nelken, Muskatnuss

empfiehlt

Drogerie Berninger, Diez.

Sozialdemokratische Partei.

Samstag, den 25. Oktober, abends 7 Uhr (neue Zeit)
findet in EMS im Gasthaus zur Krone, eine

Grosse öffentliche Volksversammlung

statt. Als Redner spricht

Genosse Max Groger aus Frankfurt a. M.

Der Einberufer.

Quitten abzugeben

1904 Schleuse, Ems.

Altes Eisen, Kupfer,
Messing, Blei läuft zu
enorm hohen Preisen, sowie
Ofenguss, Maschinenguss,
Kernschrot und Knochen.

Albert Rosenthal,
Raffau.

Zu kaufen gesucht

Herd und Ofen.

Näheres Rainzgerstr. 11, Ems.

Gut fliegende Kanarienvogel

zu kaufen gesucht.

Hotel Weidenbusch, Ems

Grabenstraße 46

Geschäfts-Eröffnung!

Mit dem heutigen Tage habe ich mein Geschäft in

Haushalt-Maschinen, landwirtschaftlichen Maschinen u. Geräten nebst Reparatur-Werkstätte

eröffnet. Es wird mein Bestreben sein, nur **anerkannt gute Ware** zu führen, und halte mich der geehrten Kundschaft bestens empfohlen.



Fleisch- u. Gemüse-
Hackmaschinen

Brotschneidemaschinen

Wandkaffeemühlen

Reibemaschinen

Küchenwagen

Bügeleisen

Waffeleisen u. s. w.



Ersatzteile zu Haus- u. Landw. Maschinen.

Lieferung u. Einrichtung vollständiger Bäckerei-,
Fleischerei- u. Grossküchen-Maschinenanlagen,
Transmissions-Anlagen, Elektromotore.

Messer und Lochscheiben
werden sauber nach-
geschliffen.



N. Finkler, Ingenieur, Diez a. d. L., Oberstr. 25.